

# Behindertenpolitischer Ausschuss: Barrierefrei auch im Kopf!

Der behindertenpolitische Ausschuss der EVG fordert, dass Unternehmen, die ihrer Beschäftigungspflicht nicht nachkommen, in Zukunft eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen sollen. Außerdem sollen für junge Menschen mit Behinderung mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Anlass ist der heutige Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.



EVG - Wir leben Gemeinschaft



Der behindertenpolitische Ausschuss der EVG fordert, dass Unternehmen, die ihrer Beschäftigungspflicht nicht nachkommen, in Zukunft eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen sollen. Außerdem sollen für junge Menschen mit Behinderung mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Anlass ist der heutige Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Das EVG-Gremium kritisiert vor allem die Unternehmen, die lieber diese Ausgleichsabgabe zahlen, als die vorgeschriebene Beschäftigungsquote vollständig zu erfüllen. Der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ist ein Zeichen für eine starke Bewegung von Menschen unterschiedlichster Organisationen und Ebenen, die sich mit dem Thema „Inklusion“ auseinandersetzen. Ohne sie wären die Erfolge der letzten Jahre nicht denkbar.

Mit solch einer Entwicklung hatte vor Jahren noch niemand gerechnet. Neben vielen guten Beispielen im Organisationsgebiet der EVG gibt es immer noch Barrieren in allen Lebensbereichen, insbesondere bei der Ausbildung und Beschäftigung. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist ein Menschenrecht; jedoch sind die Veränderungen der letzten Jahre noch nicht bei allen Arbeitgebern angekommen.

So ist die Zahl der Arbeit suchenden Schwerbehinderten besorgniserregend. Das ist ein Beleg dafür, dass Menschen mit Behinderung vom allgemeinen Aufschwung am Arbeitsmarkt auch bei den Eisenbahnen nicht ausreichend profitieren können.

Wer die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen erfolgreich bewältigen will, muss bei den Kindern beginnen. „Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft, deshalb sind Proteste weiter nötig.“

#### **Downloads**



infodownload.pdf

(PDF, 59.75 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user\_upload/newsimport/arbeitswelt/mitbestimmung